



HEILBRONNER STIMME

www.stimme.de

Mittwoch
7. September 2022

Zeitung für die Region
Heilbronn-Franken
Hohenlohe
Kraichgau

Nr. 207 · 2,40 Euro

Meinung



Von Uwe Ralf Heer

Es ist nicht überraschend, dass die Bürger im Land große Sorgen haben, findet unser Autor.

Ungeschminkt

Die neueste Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen spiegelt die Gefühlslage der Menschen ungeschminkt wider. Der BaWü-Check sagt aber auch vieles darüber aus, wie die Landespolitik eingeschätzt wird – alles anders als positiv. Niemanden dürfte es wundern, dass die Bürgerinnen und Bürger mit Sorge und weniger Hoffnung in die Zukunft blicken – dazu sind die Herbst-Vorzeichen mit all den Preiserhöhungen und Mehrausgaben trotz dreier Entlastungspakete zu düster. Die Ungewissheit bei den Energiepreisen und eine galoppierende Inflation überlagern alles. Corona und all die Horrorszenerien von Lauterbach & Co. spielen dagegen in der allgemeinen Einschätzung keine dominierende Rolle mehr.

Die persönliche Kostenspirale schärft auch die Sinne für staatliche Mehrausgaben, die nicht in die Zeit passen. 9000 neue Stellen, die von den Ministerien in Baden-Württemberg gefordert werden, halten viele für völlig übertrieben. Auch Finanzminister Bayaz, der beim *Stimme*-Talk „Ohne Ausrede“ klar gemacht hat, dass hier kräftig abgespeckt werden muss, was nun ja auch erfolgt ist. Vielleicht erklärt sich auch wegen solch deutlicher Worte die beste Zensur für den Grünen-Politiker. Wobei die Note 3,1 nicht berauschend ist – wie alle Minister nur Durchschnittswerte erhalten. Auch Winfried Kretschmann, der eine 3,4 kassiert und damit seine Beliebtheits-Spitzenstellung verloren hat. Das sind bedenkliche Signale, die man ernst nehmen muss.

Spannend ist auch, dass die Befragten jede Menge Energie-Einsparvorschläge befürworten – aber nicht in allen Bereichen. Zuletzt sollten an Bädern, Saunen oder Festen Einschränkungen vorgenommen werden. Ein Ergebnis, das die Verantwortlichen bei weiteren Entscheidungen berücksichtigen sollten, damit die Politikverdrossenheit in diesen herausfordernden Zeiten nicht weiter zunimmt.

@ Ihre Meinung?
uwe.heer@stimme-mediengruppe.de

Bürger im Land haben wenig Zuversicht

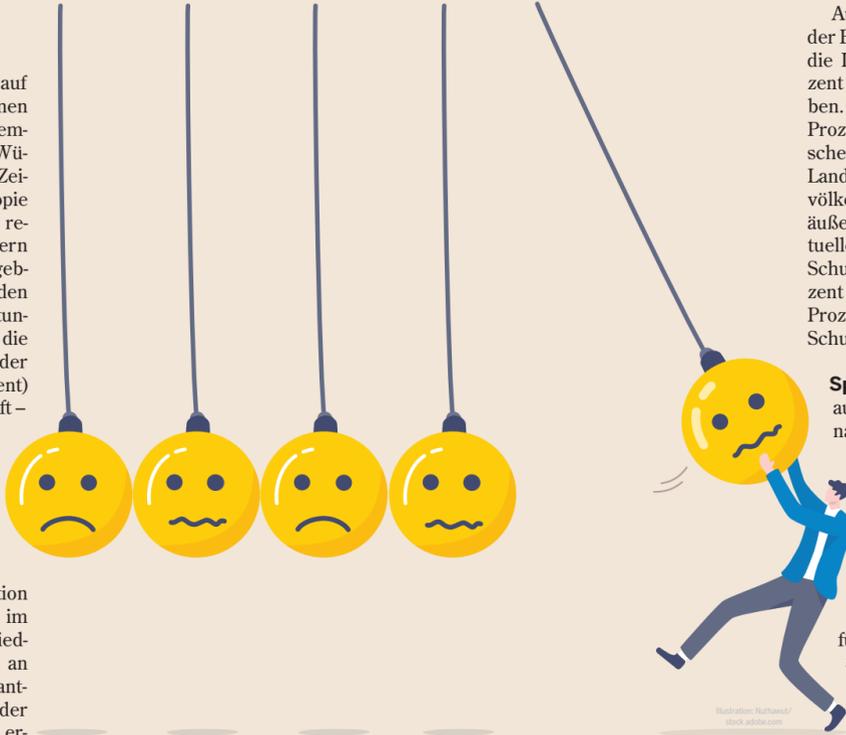
BAWÜ-CHECK Umfrage zeigt, dass viele Menschen angesichts der zahlreichen Krisen große Sorgen haben

Von unserem Redakteur
Jürgen Paul

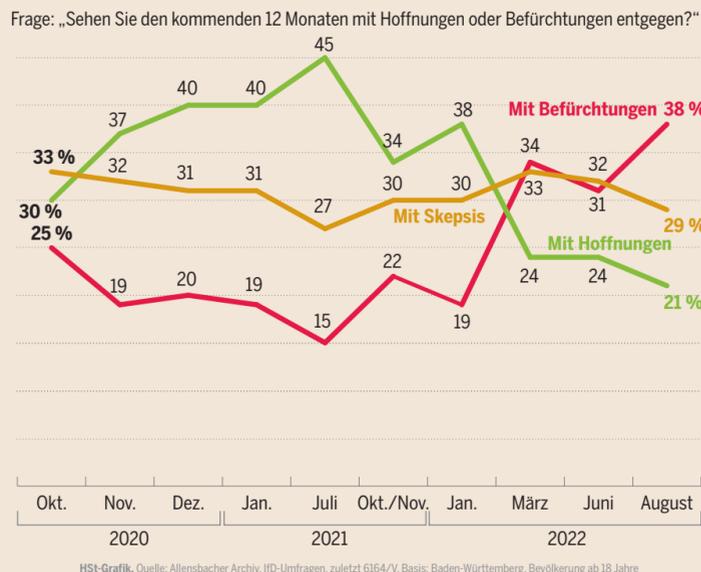
Die Vielzahl der Krisen schlägt auf die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Das zeigt der aktuelle BaWü-Check der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat dafür im August eine repräsentative Umfrage unter 1018 Bürgern ab 18 Jahren durchgeführt. Zentrales Ergebnis: 38 Prozent der Befragten sehen den kommenden zwölf Monaten mit Befürchtungen entgegen. Weitere 29 Prozent sehen die Entwicklung mit Skepsis. Lediglich jeder fünfte Baden-Württemberger (21 Prozent) blickt mit Hoffnungen in die nahe Zukunft – so wenige wie bei keiner Allensbach-Umfrage zuvor. „Der Eindruck, dass sich immer neue Krisen einstellen, ohne dass die bisherigen gelöst sind, sorgt für dieses historische Stimmungstief“, schreiben die Demoskopisten.

In dieser Situation haben die Bürger im Südwesten unterschiedliche Erwartungen an die politisch Verantwortlichen. Von der Bundesregierung erwarten sie vor allem, dass sie die Sicherheit der Energieversorgung im Winter zu bezahlbaren Preisen sicherstellt. Die Landesregierung hingegen soll dafür sorgen, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum (65 Prozent) und genügend Pflegekräfte (63 Prozent) vorhanden sind. Auch die Förderung von Klima- und Umweltschutz (49 Prozent) und den Ausbau von Windkraftanlagen und Stromtrassen (41 Prozent) adressieren die Befragten an die Landespolitik. Die Bekämpfung der Coronapandemie rangiert dagegen mit 37 Prozent nur noch im Mittelfeld der Prioritäten – vor einem Jahr war diese Aufgabe noch 58 Prozent der Bürger besonders wichtig.

Gute Finanzlage Trotz der zahlreichen Herausforderungen bewertet knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) die finanzielle Lage Baden-Württembergs als gut oder sehr gut. 36 Prozent äußern sich kritisch. Ähnlich geteilt fällt die Bewertung der Finanzpolitik der grün-schwarzen Landesregierung aus. 29 Prozent bescheinigen ihr eine solide Finanzpolitik, 30 Prozent sehen das anders. 41 Prozent trauen sich hier kein Urteil zu.



Im Stimmungstief



Auch beim Sparen gehen die Meinungen der Bürger auseinander. 19 Prozent meinen, die Landesregierung spart genug, 16 Prozent finden die Sparmaßnahmen übertrieben. Auf der anderen Seite wünschen sich 31 Prozent einen strikteren Sparkurs. Die Forscher weisen darauf hin, dass das Thema Landesfinanzen einen großen Teil der Bevölkerung nicht erreicht – denn jeder Dritte äußerte sich hierzu gar nicht. Dass in der aktuellen Situation ein neuer Haushalt ohne Schulden möglich ist, glauben nur 27 Prozent der Befragten. Eine Mehrheit von 54 Prozent ist dagegen der Ansicht, dass neue Schulden unumgänglich sind.

Sparmaßnahmen Die Umfrage zeigt auch, dass die Bevölkerung Sparmaßnahmen in den Kommunen eher dann unterstützt, wenn sie nicht persönlich betroffen ist. So sind 75 Prozent dafür, dass öffentliche Gebäude nachts nicht mehr angestrahlt werden. 57 Prozent befürworten, dass öffentliche Gebäude nur bis 19 Grad beheizt werden dürfen. Dagegen sprechen sich nur jeweils 24 Prozent dafür aus, Schwimmbäder, Thermen und Saunen zeitweise zu schließen und große Volksfeste und Weihnachtsmärkte abzusagen. „Hier ist die persönliche Betroffenheit weit stärker als bei einer Beleuchtung von Denkmälern oder historischen Gebäuden“, schreiben die Demoskopisten.

Sorge bereitet den Menschen im Land die medizinische Versorgung. Kritisch werden Diskussionen über Zusammenlegungen oder Schließungen von Krankenhäusern bewertet. 54 Prozent der Befragten sagten, es wäre ein großes Problem für sie, wenn dies in ihrer Region geschehen würde.

Die Forscher vom Bodensee befragten die Menschen auch nach der Beliebtheit der Landesminister. Alle Minister erhielten Schulnoten zwischen drei und vier, wobei Finanzminister Danyal Bayaz mit 3,1 am besten abschnitt. Sozialminister Manfred Lucha (3,7) und Innenminister Thomas Strobl (3,6) schnitten am schlechtesten ab, während Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit 3,4 im Mittelfeld liegt. Kretschmann liegt dafür mit einer Bekanntheit von 86 Prozent an der Spitze des Ministerrankings. Es folgt mit Abstand Thomas Strobl mit 58 Prozent. Lediglich acht Prozent der Baden-Württemberger haben schon von Wohnungsbauministerin Nicole Razavi und Justizministerin Marion Gentges gehört. Seite 5

Meinung „Ungeschminkt“

Wirtschaft

Die Rückzahlung von Corona-Soforthilfen sorgt für Ärger in Handwerksbetrieben. Seite 9

Kultur

Pianist Matthias Kirschnereit im Interview über die neue Haydn-CD mit dem WKO Heilbronn. Seite 19

Sport

Sportvereine sollen 20 Prozent Energie einsparen, um Schließungen zu verhindern. Seiten 15, 16

Region

Der Hamburger Stararchitekt Hadi Teherani baut im Neckarbogen zwei nicht alltägliche Häuser. Seite 21

Streit um Habecks AKW-Pläne

Bundeskanzler Scholz stellt sich hinter seinen Minister

Von unserer Redaktion und dpa

BERLIN/NECKARWESTHEIM Die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) für eine Atomreserve haben eine heftige Debatte ausgelöst. Insbesondere vom Koalitionspartner FDP und der oppositionellen Union kam harsche Kritik. FDP-Vertreter plädieren für einen Weiterbetrieb der letzten deutschen Atomkraftwerke, um so die Strompreise zu drücken. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich hinter den Vorschlag von Habeck gestellt, über den Jahreswechsel hinaus zwei der drei verbliebenen Atomkraft-

werke als Notreserve bereitzuhalten. „Grundsätzlich bleibt es beim Ausstieg aus der Atomenergie“, sagte der SPD-Politiker der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Der Energiekonzern EnBW, Betreiber des Kernkraftwerks Neckarwestheim, forderte eine gesetzliche Konkretisierung der Pläne, ehe er einen Weiterbetrieb des letzten Meilers im Land prüfen werde. Eine Sprecherin des Netzbetreibers Transnet-BW sagte, ein Streckbetrieb der letzten drei deutschen Atomkraftwerke habe ganz klar zu den Empfehlungen als Resultat aus dem zweiten Stresstest gehört.

Atomkraftgegner kündigten unterdessen ihren Widerstand gegen einen Weiterbetrieb als Reservekraftwerk an. Der BUND-Landesverband will eine Klage gegen die Verlängerung prüfen. Auch das Atomkraftwerk in Neckarwestheim soll zur Reserve gehören. Neckarwestheims Bürgermeister Jochen Winkler sagte der *Heilbronner Stimme*: „Ein Weiterbetrieb über den nächsten Winter wird im Ort als legitim angesehen.“ Ein Betrieb, der noch einige Monate länger gehe, habe für die Kommune keine gravierenden finanziellen Auswirkungen. *frz/fri* Seiten 2, 4, 21

Lufthansa-Streik abgewendet

FRANKFURT Nach einer tariflichen Einigung in letzter Minute hat die Gewerkschaft Vereinigung Cockpit den ab Mittwoch geplanten Pilotenstreik bei der Lufthansa abgesagt. Man habe am Dienstag eine Teillösung erreicht, teilte ein Sprecher mit. Das umfangreiche Paket finanzieller und struktureller Themen sei im Kern vereinbart und müsse in den folgenden Tagen ausgestaltet werden. Die angekündigten Arbeitskämpfe würden abgesagt. Die VC hatte in der Nacht eine zweite Streikwelle ab Mittwoch angekündigt, die nur noch durch ein „erstzunehmendes Angebot“ seitens der Lufthansa verhindert werden könne. *dpa* Seite 9

ANZEIGE

Dahoim isch ...

WO DU IMMER DU SELBST SEIN KANNST.

Über 1.000 Immobilien in Heilbronn und Hohenlohe.

TRAUMWOHNUNG GEFUNDEN AUF

immostimme.de